

Erstmal in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Filial-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Has,
S. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
1 M. 50 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen
Postanstalten auf den 1ten
u. 2ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen; im Reg. Sachsen
u. Erzgh. Sachl.-Altenburg
auch auf den 1ten Monat des
Quartals à 54 Pf.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Bergungungs-
Anzeigen mit 25 Pf. die dreigesaltene Zeit-Preis berechnet.

Nr. 59.

Freitag, 28. Mai.

1875.

Solha, den 25. Mai.

Congress. Die Einigung der deutschen Arbeiter ist vollzogen. Nach eingehender Debatte wurde soeben, 6 Uhr Nachmittags, das Programm der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (für diesen Namen entschied sich die Majorität gegenüber dem von der Commission vorgeschlagenen: Arbeiterpartei Deutschlands) in folgender Fassung einstimmig angenommen:

Programm der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Cultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, d. h. allen ihren Gliedern das gesammte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht Jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reactionäre Masse sind.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerschlagung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich der internationalen Charakter der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Controlle des arbeitenden Volks. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfang ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entspringt.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundsätze des Staats:

- 1) Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht, mit geheimer und obligatorischer Stimmausgabe, aller Staatsangehörigen vom 20. Lebensjahr an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl oder Abstimmungstag muß ein Sonntag oder Feiertag sein.
- 2) Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
- 3) Allgemeine Wehrpflichtigkeit, Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
- 4) Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze, überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.
- 5) Nichtspruchung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.
- 6) Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

- 1) Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.
- 2) Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.
- 3) Unbeschränktes Coalitionsrecht.
- 4) Ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.
- 5) Verbot der Kinderarbeit, und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.
- 6) Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Controlle der Arbeiterwohnungen. Ueberwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstoff- und Handindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.
- 7) Regelung der Gefängnisarbeit.
- 8) Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhilfs- und Unterstützungskassen.

Die Verabreichung über den Organisationsentwurf hat begonnen. Erstliche Differenzpunkte liegen nicht vor, so daß der Congress wahrscheinlich schon im Laufe des morgigen Tags seine Aufgabe vollendet haben wird.

Nationalökonomie.

V.

Der Werth der Dienstleistung.

Die Volkswirtschaft als Wissenschaft ist die Lehre von der Production, Verteilung und Consumption der wirtschaftlichen Güter; sie hat sich daher auch nur mit der Untersuchung der Gesetze beschäftigt, nach welchen diese wirtschaftlichen Güter, die Waaren, produziert, vertheilt und consumirt werden. Deshalb trennte auch Adam Smith die menschliche Arbeit in Beziehung auf ihre Resultate in productive und in unproductive Arbeit, oder, um unsere eigene Bezeichnung dieser beiden Klassen zu gebrauchen, in Waare erzeugende Arbeit, und in solche Arbeit, welche bei Verrichtung nützlicher Dienstleistungen angewendet wird.

Nur die erste Abtheilung, die productive, Waare erzeugende Arbeit galt als das eigentliche Gebiet der volkswirtschaftlichen Untersuchungen; die zweite Klasse der Arbeit wurde mit mehr oder weniger Recht als nicht zur Volkswirtschaft gehörig betrachtet.

Unseres Wissens hat zuerst der Franzose Dunoyer in seinem Werk über die Freiheit der Arbeit den Gedanken ausgesprochen, daß auch die moralischen Fähigkeiten als werthbildende Elemente zu betrachten seien; die Nutzenanwendung dieses Gedankens hat der Volkswirtschaft selbstverständlich ein bedeutend größeres Gebiet überwiesen.

Bastiat, der in der Absicht, den Sozialismus zu bekämpfen, den Dienst als das allein werthbildende Element in der Volkswirtschaft darzustellen suchte, griff die Idee Dunoyer's begierig auf und behauptete, jede Thätigkeit, auch die des Kapitalisten, sei werthbildend wegen der in ihr enthaltenen Dienstleistungen; der Kapitalist, der die Arbeiter beschäftigt, leistet ihnen einen großen Dienst, hat also auch ein Anrecht an den großen Kapital-Gewinn.

Nachdem Lassalle in seinem Bastiat-Schulze in ähnlicher Weise, wie vor ihm Rodbertus, die Bekehrtheit der Bastiat'schen Theorien bloßgelegt, wird so leicht Niemand mehr behaupten, der Werth der Waare bestehe in den Diensten, welche ihre Besitzer durch Hingabe der Waare leisten; die Volkswirtschaft im engeren Sinne des Wortes hat sich seitdem wieder auf Untersuchungen im Bereich der wirtschaftlichen Güter beschränkt.

Die entwickelte menschliche Gesellschaft gebraucht aber außer den für Alle zum Leben unbedingt nötigen Sachgütern auch eine Menge von Dienstleistungen; im Stadium der heutigen Kultur-entwicklung würde es für die Gesellschaft geradezu unmöglich sein, ohne diese Dienstleistungen weiter zu bestehen; eine wirkliche Gesellschafts-Wissenschaft wird also ihre Untersuchungen auf das Gebiet der Dienstleistungen ausdehnen und die Gesetze feststellen müssen, nach denen sich die Production und Consumption derselben regeln; vor allen Dingen wird zu untersuchen sein, in wie weit von einem Werth der Dienstleistungen die Rede sein kann und worin dieser Werth eigentlich besteht.

Die oberflächlichen Phrasen des Manchestertums über dies Thema verdienen selbstverständlich nicht als Vorarbeiten einer wirklichen Gesellschaftswissenschaft bezeichnet zu werden; dem gelehrten Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus, Carl Marx, war es vorbehalten, auch hier durch seine Untersuchungen Bahn zu brechen und gewissermaßen die ersten Bausteine zu einer neuen Wissenschaft zu liefern.

Jede wahre Gesellschaftswissenschaft hat sich die Frage zu beantworten, in welcher Weise eine vernünftige und gerechte Vertheilung der Gebrauchsgüter ermöglicht werden kann; gerecht und vernünftig wird eine Vertheilung nur dann genannt werden können, wenn dem Gesetz von Leistung und Gegenleistung Rechnung getragen wird und also jeder nach Verhältnis seiner Leistungen Antheil am Gesamt-Arbeitsertrag erhält; es muß also festgestellt werden, in welchem Verhältnis die Dienste leistende Klasse der Menschen berechtigt ist, theilzunehmen am Arbeitsertrage der Waare erzeugenden Arbeiter. Es wird also zu untersuchen sein, in welchem Werthverhältnis die Dienstleistungen zu der Waareproduktion stehen.

Der Werth jeder Waare besteht, wie wir wissen, in der allgemein menschlichen, gesellschaftlich notwendigen Arbeit, gemessen nach Zeit, welche in der Waare enthalten ist. Sobald eine Waare durch neue Arbeit verändert, durch Arbeit von einem Ort zum andern geschafft wird, tritt ihr ebenso viel neuer Werth hinzu, als sie allgemein menschliche, gesellschaftlich notwendige Arbeit, gemessen nach Zeit neu in sich aufgenommen, verschluckt, cristallisiert hat.

Das ist der Werth der Waare; sehen wir nun zu, worin der Werth der Dienstleistung besteht.

In diesem Worte wollen wir uns einige Beispiele in der Art wählen, daß zuerst eine Arbeit genommen wird, bei der es zweifelhaft ist, ob man sie zu der productiven oder zu der unproductiven Arbeit rechnen muß; dann aber nehmen wir die Untersuchung an einem anderen Falle vor, der unweifelhaft reine Dienstleistung, unproductive Arbeit darstellt. Stimmen die Resultate beider Untersuchungen überein, so dürfen wir annehmen, daß der Werth der Dienstleistung richtig definiert ist.

Worin, fragen wir, besteht, wie groß ist der Werth einer gepflasterten Straße?

Eine derartige Anlage ist keine Waare; sie kann nicht verkauft oder veräußert werden (wenn nicht der Grund und Boden mit verkauft wird), man ist also in Zweifel, ob man die Arbeit, welche zur Herstellung einer derartigen Straße angewendet worden ist, productive oder unproductive Arbeit, Waare erzeugende Arbeit

oder Dienstleistung nennen soll. Die zur Herstellung der Straße nötige Erarbeit, das Brechen und Behauen der Steine, das Legen und Festrammen des Pflasters nach dem von einem Feldmesser genau den Höhenverhältnissen entsprechend ausgearbeiteten Plane bilden zusammen die in der fertigen Straße enthaltene Arbeit; die Steine sind unzweifelhaft eine Waare, die Feldmesserarbeit kann unzweifelhaft nicht als Waare angesehen werden; wir haben hier also ein Beispiel, bei welchem wir nicht bestimmt behaupten können, in welche Klasse von Arbeit es gerechnet werden muß.

In all den Arbeiten finden wir aber wieder verschiedene Beschäftigungen allgemein menschlicher Arbeitskraft; die eine dieser Arbeiten ist schwerer zu erlernen als die andere; diese erfordert mehr Aufwand an Lebenskraft als jene; die eine repräsentirt daher auch mehr allgemein menschliche Arbeit wie die andere; die Gesamtsumme der Arbeit läßt sich also als eine Summe allgemein menschlicher Arbeit, gemessen nach Zeit, darstellen. Der Werth der fertigen Straße erscheint also genau wie bei einer Waare als das Quantum allgemein menschlicher Arbeit, gemessen nach Zeit, welches zur Herstellung der Straße angewendet wurde.

Die bei der Arbeit gebrauchten Werkzeuge sind aber allmählig vervollkommen worden; mit besseren Werkzeugen läßt sich leichter, schneller und besser arbeiten als mit schlechten; die Zeit, welche zur Herstellung einer gepflasterten Straße nötig ist, bleibt sich also nicht immer gleich, sondern ist abhängig von der Entwicklung der technischen Hilfsmittel.

Zu einer Zeit, wo man die Steine aus dem Steinbrüchen nicht anders als mit dem Meißel und Schlägel gewinnen konnte, stede in einem Quantum Pflastersteine mehr Arbeitszeit als jetzt, wo man die Felsen mit Pulver sprengt; das Anfahren durch die Eisenbahn kostet weniger Arbeit als der Transport auf ungeebneten Wegen; der Werth der Straße hängt daher, genau wie bei der Waare, nicht ab von der zur Herstellung derselben wirklich verwendeten, sondern von der dazu gesellschaftlich notwendigen Zeit. (Schluß folgt.)

Ueber „nationale“ Erziehung

und „nationalen“ Unterricht spricht sich der bekannte Pädagoge Dittes (in Püben's Pädagogischem Jahresbericht, Bd. 25 — 1875 — S. 43f) wie folgt aus:

„Ad vocem“ „nationale“ Erziehung möchte ich aber im Anschlusse an das vorliegende Buch (Ueber nationale Erziehung. Vom Verfasser der „Briefe über Berliner Erziehung“) noch einige Bemerkungen machen, die zugleich eine Bezeichnung auf einige weiter anzugehende Schriften haben mögen. Vieles, was in dem angeführten Buch als „national“ bezeichnet und empfohlen wird, ist, sofern es gut, vernünftig, sittlich, der Würde und dem Wohle des Menschen gemäß ist, allgemein, d. h. von den besten Gliedern aller Culturvölker anerkannt und gilt nicht bloß für die Deutschen, sondern auch und eben so sehr für die Engländer, Franzosen, Italiener u. s. w. Und insofern halte ich das Epitheton „national“, bei den Ausdrücken „Erziehung“, „Bildung“ für gleichbedeutend mit vernünftig und also, da ja alle Pädagogik und Didaktik eben das Vernünftige festzustellen sucht, für einen bloßen Pleonasmus, mit welchem übrigens gelegentlich Schwindel und Mißbrauch getrieben wird. Die Norm für alle Erziehung und Bildung kann immer und überall nur das Ideal des Menschen, die möglichst vollkommene Ausgestaltung aller in der allgemein gleichen Menschennatur prädestinirten Entwicklungsrichtungen sein. Nationalfehler sind stets Abirrungen vom Canon der menschheitlichen Ideale und müssen also bekämpft werden, namentlich durch Erziehung; Nationalvorzüge sind stets reale Ausprägungen menschheitlicher Ideale und sind deshalb festzuhalten, zu pflegen und wo möglich unter alle Völker zu verbreiten, namentlich durch Erziehung. Aber eine Inthronisirung der Nationalität um ihrer selbst willen ist unvernünftig, unsittlich, barbarisch, verderblich und darum underechtigt. Das Nationalitätsprinzip ist einer der bösesten Dämonen des Menschengeschlechts. Von jeher hat es zu fortwährenden Vernichtungskriegen, zum Unheil und Untergang der Völker geführt. Sollte die Menschheit in alle Ewigkeit dazu verdammt sein, daß die einzelnen Nationen nach dem Recht des Stärkeren einander auffressen, weil eine jede so bornirt ist, nur sich allein für Daseinswürdig zu halten? — Es ist das große Verdienst und der eigentliche Kern des Christenthums, die Menschheit über den engherzigen Wust der Nationalität erhoben zu haben, und eben hiermit hat es aller Pädagogik ihre ewige Norm gegeben. Wer die Interessen seiner Familie zum alleinigen Zielpunkte seines Strebens macht, steht schon etwas höher als der, welcher nur sein liebes Ich vor Augen und im Herzen hat; wer in Nationalität macht, ist dem „Kirchthumpolitiker“ und auch dem „Kleinstaatter“ um einige Herbelangen voraus; aber engherzige Philister sind sie alle zusammen. Alle wahre Pädagogik ist ihren Endzielen nach kosmopolitisch, auf ihrer Fahne steht die Humanität. Und die besten Männer, die Hierden und Geisteshelden der deutschen Nation sind Kosmopoliten, Apostel der Humanität gewesen. So weit aber das nationale Element berechtigt ist, kommt es in aller vernünftigen Erziehung, in allem rationell angelegten Unterricht von selbst zur Geltung. Die Sprache, welche das Kind von seiner Mutter lernt und welche es in der Schule hört, ist eben die nationale; und woher sollten wir den Stoff zu unsern Lesebüchern nehmen, wenn nicht aus dem Schätze der Nationalliteratur? Wir beginnen ferner die Geo-

*) Eigentlich beim Worte. — da ich gerade von — rede, anständig.

Graphie und die Geschichte mit den heimatischen und vaterländischen Verhältnissen und machen die Wohnsitze, die Schicksale, die wirtschaftlichen Verhältnisse, die Culturzustände u. s. w. unserer Nation zum Mittelpunkt des Unterrichts. Und knüpfen wir nicht den naturkundlichen Unterricht eben an die Natur, welche uns umgibt? Sagen wir nicht die Volksglieder unserer Nation? Rechnen wir nicht mit Mäßen, Maßen und Gewichten, welche bei uns gebräuchlich sind? Kommen nicht in der Geometrie die heimischen Längen-, Flächen- und Raummaße zur Darstellung? Wo ist denn überhaupt ein vernünftig angelegter Unterricht, der nicht national wäre, nicht national sein müßte, weil er anschaulich sein und daher an das Naheliegende geknüpft sein muß? Und welcher vernünftige Erzieher kann und will das Kind gegen die nationale Sitte und Art, von der es umgeben ist, abschließen? — Wozu brauchen wir also noch ganze Bücher und all die breiten Declamationen über nationale Erziehung und nationalen Unterricht? — Die Weisheit ist sehr vielfach: Erziehet und unterrichtet vernünftig, d. h. nach den ewigen, allgemein gültigen Gesetzen der Pädagogik und Didaktik, nach den Gesetzen der Menschennatur, so erzieht und unterrichtet ihr auch national! Was darüber ist, was auf eine Fälschung der ethischen Gesetze, auf Beeinträchtigung der Humanität durch Nationaldünkel und Nationalhaß, auf Gewaltthätigkeit, Raubhuth, Despotismus und andere Laster unter dem Deckmantel der Nationalität hinausläuft — das ist „von Uebel und kann dem deutschen Volke eben so wenig zum Heil und zur Ehre gereichen als irgend einem andern.“

Politische Uebersicht.

— Ueber den Bergwerksbetrieb im Dortmunder Revier während des ersten Quartals d. J. heißt es im amtlichen Bericht: „Die Kohlenpreise sind bei stets weicherer Tendenz gegenwärtig bereits auf einem Standpunkte angelangt, daß es vielen Betreibern nicht mehr möglich sein wird, mit Gewinn zu arbeiten, wofür es nicht gelingt, die Selbstkosten auf ein geringeres Maß zurückzuführen (!). Durch diese Rücksicht sind die Werksverwaltungen gezwungen gewesen, mit Herabsetzung der Bedingungen weiter vorzugehen, und ist diese Maßregel von den Arbeitern in richtiger Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse bereitwillig entgegengenommen (?). Arbeiterentlassungen in größerem Umfang kommen nur ganz vereinzelt vor und betreffen solche stets nur Tagelöhner; gelehrte Bergarbeiter waren, besonders auf den nördlichen Bezirken, immer noch gesucht“ (!)

„Arbeiter gesucht“ und doch „gezwungen“, die Löhne herabzusetzen — um das zu verstehen, muß man einen Camphausen-Akenbach'schen Bourgeoischädel haben. — Daß die Arbeiter die Lohnherabsetzungen „bereitwillig entgegengenommen“, ist einfach unwahr, wie unsere Leser durch den Bericht über die Dortmunder Bergarbeiterversammlung erfahren haben. Wie groß die Bereitwilligkeit ist, zeigt folgende Note der Berliner „Nationalzeitung“: „Auf den Bechen „Louise Tiefbau“ und „Germania“ stricken die Bergleute in der Gestalt, daß sie zwar anfahren, aber fast gar nicht arbeiten. So z. B. wurden am 5. d. bis Mittag bei „Louise Tiefbau“, wo die tägliche Förderung 20,000 Scheffel beträgt, nur 1000 Scheffel gefördert. Veranlassung zu diesem Verhalten der Arbeiter hat die Ankündigung einer Lohnermäßigung von 10—20 Proz. gegeben.“

— Arbeiter verunglückt. Aus Wattencheid wird der „Essener Zeitung“ über ein Unglück berichtet, welches sich in der Beche „Holland“ zugetragen hat. Gleich nach Beginn des Schachtwechsels, heißt es in dem Bericht der „Essener Zig.“, „riß am Förderseil das Seil des einen mit 13 Mann der ausfahrenden Morgenschicht besetzten Förderkorbes, woraus derselbe aus einer Höhe von ca. 13 Fächern bis in den Schachtsumpf niederging. Leider gelang es dem in allen Beziehungen sehr tüchtigen Maschinenwärter nicht, die Fördermaschine zum Stehen zu bringen, obwohl er die Bremse aufgeworfen hatte, und in Folge dessen ging auch der mit 15 Mann der anführenden Nachmittagschicht besetzte Korb aus einer Höhe von ca. 97 Fächern bis in den Sumpf herunter. Nach angestrengter Arbeit gelang es gegen 6 Uhr Abends, den letzten der Verunglückten zu Tage zu bringen mit dem überaus traurigen Resultate von 7 Todten und 24 mehr oder minder Verletzten. Die Fangvorrichtung hatte gefaßt, indessen nur die Fallgeschwindigkeit der Körbe gemindert. Daß die Körbe nicht mit voller Gewalt aufgesetzt haben, geht daraus hervor, daß sich in der unteren Etage der Körbe keine Todten und verhältnismäßig nur geringer Verletzte befanden. Die Todten waren sämtlich auf den oberen Etagen und sind dieselben von den in den Schacht nachstürzenden Förderseilen erschlagen resp. erdrückt worden. Körbe und Seile sind etwa 4 Monate in Thätigkeit gewesen und vor Beginn der Menschenförderung der sorgfältigsten Revision unterzogen worden, es hat bei denselben nicht der geringste Fehler entdeckt werden können.“

Soweit der Bericht. Wenn also das Förderungsmaterial sich in gutem Zustande befunden hat, so bleibt — da die „höheren Gewalten“ diesmal nicht in Betracht kommen — nichts Anderes übrig, als den verunglückten Arbeitern die Schuld an dem Unglück beizumessen. Also nur heraus mit der Sprache! Ihr Herren Arbeitgeber seid ja sonst nicht verlegen um Ausreden, wenn es gilt, die Schuld von Euren Schultern auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Waren doch auch Eure Herren und Meister, die Minister Camphausen und Akenbach keinen Augenblick im Zweifel, daß der Rückgang der deutschen Industrie nicht Eurer kapitalistischen Mißwirtschaft, sondern den Arbeitern zur Last zu legen sei. Und gedulbig sind die Arbeiter, sehr gedulbig!

— Propaganda für die Sozialdemokratie. Wir lesen in verschiedenen Zeitungen:

„Wegen Betheiligung an der sozialdemokratischen Bewegung wurden vor einiger Zeit mehrere Tausen (Tagelöhner) der großherzoglich oldenburgischen Fideikommissgüter ihre Wohnungen von der Guts herrschaft gekündigt! Jetzt sind sie, nachdem ihre Bitte um Rücknahme der Kündigung abschlägig beschieden worden, aus ihren Wohnungen getrieben unter Androhung der Bestrafung nach § 361 des Strafgesetzbuchs, wenn sie nicht innerhalb acht Tagen ihren Familien anderweitiges Unterkommen verschafft haben! — Solche Maßregeln dürften schwerlich geeignet sein, der sozialistischen Propaganda entgegen zu wirken.“

Der § 361 des Reichsstrafgesetzbuchs bedroht Jeden mit Haftstrafe, „wer nach Verlaß seines bisherigen Unterkommens binnen der ihm von der zuständigen Behörde bestimmten Frist sich kein anderweitiges Unterkommen verschafft hat und auch nicht nach-

weisen kann, daß er solches davor ihm angewandten Bemühungen ungeachtet nicht vermocht habe.“

Die bornierten Krantjunker, welche von der sozialen Bewegung bis jetzt so gut wie gar nicht verührt sind, bedenken nicht, daß sie durch solche Brutalitäten im Del ins Feuer gießen. Die unter Hinweis auf die Bestimmungen des Strafgesetzbuchs erfolgte Ausweisung der Tagelöhner erweist aber in diesem Falle um so gemeiner, als die Guts herrschaft auch die Polizeigewalt auszuüben scheint. Aber nur zu so! An dem Stande der Verfolgungen erkennen wir ja nicht nur das Wohlthun der sozialistischen Bewegung, sondern die gesteigerten Verfolgungen steigern auch den Widerstand. Denn Druck erzeugt Gegendruck.

— Wegen Gründung der sozialdemokratischen Wahlvereine ist gegen mehrere Königsberger Sozialdemokraten die Untersuchung eingeleitet worden. Die Staatsanwaltschaft will nämlich die Entdeckung gemacht haben, daß der Königsberger sozialdemokratische Wahlverein nichts als eine Fortsetzung der aufgelösten „sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ sei. Wir dagegen machen die Entdeckung, daß es sich in diesem wie in hundert anderen Fällen nur darum handelt, den Sozialdemokraten die Ausübung des Vereins- und Versammlungsgesetzes nach Möglichkeit zu verkleinern. Und hierin wird uns, mit Ausnahme der „Staatsretter“, ein Jeder Recht geben.

Auch die Münchener Polizei bläst aus vollen Baden, um der Sozialdemokratie in München das Lebenslicht auszublauen. Welch hindisches Beginnen! In, wenn die sozialdemokratische Bewegung zu vergleichen wäre mit dem Flackern eines verlöschenden Lichtstumpfchens, dann hätten die Anstrengungen der Münchener Polizei noch einen Sinn; so aber nährt sie zu unserer Freude selber das Feuer, welches sie sich zu dämpfen abmüht. So ist z. B. der vor sechs Wochen neu gegründete Fachverein der Hafner (Töpfer) wiederum aufgelöst. Ferner sind nicht weniger als 104 Münchener Arbeiter wegen vermeintlicher Uebertretung des Vereinsgesetzes in Anklagezustand veretzt worden. Ist das nicht köstlich?

Doch einen Vorschlag zur Bütte. Wie wär's, wenn die Münchener Polizeidirection einen Cyclus von Vorträgen eröffnede und den Arbeitern ihre, zwar etwas sehr schwer definirbaren, Begriffe über die polizeigemäße Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes klarlegte? Vielleicht wird dann die halb wild gewordene Münchener Polizei zu der erforderlichen Ruhe gelangen, um ihre Aufmerksamkeit den arg vernachlässigten Messerhelden und Spitzbuben wieder widmen zu können. Wir meinen, der Vorschlag wäre so übel nicht.

— Am 17. Mai und an den folgenden Tagen tagte in Basel der dritte Congress des schweizerischen Arbeiterbundes. Vertreten waren auf dem Congress 100 Vereine aus allen Cantonen der Schweiz. Ueber die Verhandlungen werden wir ausführlich berichten, sobald uns der Congressbericht vorliegt.

— Den Nationalitätstrappel in bedenklichem Grad hat der ungarische Minister des Innern. Nach einer Instruktion desselben dürfen nur ungarische Staatsbürger Mitglieder von politischen und Arbeitervereinen sein. Der Mann gehört ins Irrenhaus. Den Nichtungarn verbiethet er wohl auch, in Ungarn zu essen und zu trinken?

Gewerkschaftliches.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Bremen, 24. Mai. (Telegramm.) Der Strike der Schneider ist beendet. Bericht folgt.

Mürnberg, im Mai. An sämtliche Schneider Deutschlands! Collegen! Aus dem Bericht der Controlcommission im „Volkstaat“ ersieht Ihr ungefähr, wie es mit unserem Geschäft bestellt ist, wie tief wir gesunken sind. Mancher wird den Kopf schütteln und sagen: „Ja, so schlimm ist es doch nicht, als es da geschildert wird“; dies ist aber nur Selbsttäuschung der bittersten Art. Es ist in dem Bericht (besonders was Nürnberg anbelangt) der Lohnsatz eher noch zu hoch als zu niedrig gegriffen. Wenn man trotz alledem Einzelne pro Woche 4 1/2 — 5 Thlr. verdienen, so ist das nur möglich, weil dieselben (so wie es hier geschieht) 15 bis 16, ja mitunter sogar 18 Stunden täglich arbeiten. Nehmen wir aber einen Normalarbeitstag von 10 Stunden zur Grundlage, wie stellt sich dann der Verdienst? Höchstens auf 3 Thlr. und einige Groschen! Und mit solchem Kammerlohn, mit solchen Bettelgehältern soll eine Familie erhalten werden, soll man, o Hohn! als treuer Unterthan Steuern bezahlen, und tüchtige Söhne zu „Vaterlandsvertheidigern“ aufziehen? Wozu doch Jeder einmal seine fünf Sinne zusammen nehmen und darüber nachdenken, was schließlich daraus werden soll. So kann es unmöglich lange fortgehen, denn die Folgen dieser unmenslichen Anstrengungen, die gemacht werden müssen, um die Familie zu erhalten, sind unheilbare Krankheiten und früher Tod. Durch letzteren bricht aber nicht nur grenzenloses Elend über die Hinterbliebenen herein, sondern auch unsere Kranken- und Sterbefälle werden dem Reim entgegengeführt. Was ist also hier zu thun? Viele antworten in größter Resignation, wir können es doch nicht ändern, es hilft uns alles nichts. Und solche Menschen sind nicht zu bedauern, wenn es ihnen schlecht geht. Sie sind in der Sklaverei schon so tief gesunken, daß sie jede Hoffnung auf Besserung ihrer Lage aufgegeben haben, und jedes Selbstvertrauens baar sind; sie nehmen alles ruhig hin, was ihnen der Arbeitgeber bietet, und wenn es den „Herren“ einfallen würde, „ihren“ Arbeitern mit der Heppische um die langen Denkerroßköpfe zu hauen, so würden sie noch bitten, ein Jeder für sich, daß er zuerst seine Tracht Prügel bekäme, damit er keine Zeit veräume! Zum Glück ist dies die Winterzahl, während es sich doch in der großen Masse anfängt zu regen und zu bewegen. An uns selbst liegt es nun, dieses Streben in die richtige Bahn zu leiten, eine kräftige und lebensfähige Organisation herzustellen. Seit Jahren kämpfen wir nun schon, um dieses Ziel zu erreichen, allein es war unmöglich, rasch vorwärts zu kommen, weil die Arbeiter durch politischen Zank und Zwist in mehrere Lager getrennt waren. Jetzt endlich werden wir zu einem Schritt vorwärts kommen. Die Vereinigung der beiden großen sozialdemokratischen Fraktionen ebnet auch uns die Bahn, es fallen die Schranken, welche bisher der Vereinigung der Gewerkschaften beider Fraktionen im Wege standen. Der Anfang ist bereits gemacht durch die Vereinigung des Berliner Schneidervereins mit unserer dortigen Mitgliedschaft. Wozu dieses taktvolle im beiderseitigen Interesse gelegene Vorgehen überall baldigst nachgeahmt werden, und in kurzer Zeit werden wir kräftig genug dastehen, um unseren „Herren“ einen Damm in ihrer Ausbeutungswuth setzen zu können. Unsere Hauptaufgabe ist es deshalb, eine reze Agitation zu entfalten, welche um so leichter wird, als durch die angebahnte Vereinigung die agitatorischen Kräfte bedeutend vermehrt werden. Als ein vortheilhaftes Agitationsmittel dürfte die Errichtung von „Arbeitsnachweis-Bureaus“ zu bezeichnen sein, indem dadurch das Gefühl der Zusammengehörigkeit wachgerufen und erhalten wird. Der zureisende College ist dadurch dem „von Haus zu Haus laufen“ nach Arbeit überhoben, und er erfährt, bevor er noch anfängt, wie hoch die Löhne in den verschiedenen Werkstätten sind. Es läßt sich aber auch dadurch viel leichter eine allgemeine Statistik durchführen, weil das Bureau, das selbstständig nur aus Vereinsmitgliedern besteht, Einsicht in die Verhältnisse einer jeden Werkstatt bekommt. Deshalb, Collegen, freiß auch Wer, verboppeln wir unsere Anstrengungen, und der Erfolg wird nicht ausbleiben. Das Arbeitsnachweis-Bureau (Sitzstand) der hiesigen Mitgliedschaft befindet sich im Gasthaus zum blauen Pfau, neue Gasse, woselbst die Arbeitsvermittlung täglich von 8 bis 10 Uhr Abends unentgeltlich stattfindet. Alle zureisenden Collegen werden aufgefordert, sich dorthin zu wenden.

Mit Brudergruß J. Baumann.

Hamburg. Trotz der erlaubten und unerlaubten Maßnahmen der Behörden gegen die zunehmenden Rechte der Arbeiter, blüht das Gewerkschaftsleben eudlich auch einmal dahier auf. So hat sich neben der schon seit längerer Zeit bestehenden Schuhmachergewerkschaft vor Kurzem auch ein „Schneiderverein“ gebildet, der gegenwärtig circa 30 Mitglieder zählt. In der letzten Zeit für Hamburg, das noch stark in die Schlafmüthe des deutschen Reichs eingewickelt ist, kein ungünstiges Resultat. Die Arbeiter scheuen eben immer noch sehr das „rothe Wespenst“, wie es ihnen von ihren Prinzipalen und den verschiedenen politischen Vereinen in grellen Farben vorgeführt wird und das sie auch in den Gewerkschaften erkennen. Sie glauben ihren Herren, daß ihre sauer ersparten Groschen von den Gewerkschaften nur dazu gesammelt würden, um Kadere davon faulenzeln (d. h. stricken) zu lassen. Wenn auch gleich nicht das mindeste Wahre daran ist, so finden sie es doch für überflüssig, über den eigentlichen Zweck und Nutzen, über den Schutz des Arbeiters in den Gewerkschaften weiter nachzudenken. Es hat deshalb der Schneiderverein sein Augenmerk hauptsächlich darauf zu richten, daß die Collegen immer mehr und mehr aufgeklärt werden, daß eine frische rührige Agitation unterhalten wird, eine Agitation, die jedes Mitglied unterstützen muß, auf der Werkstatt oder durch Einladung zu Versammlungen, oder am Schenkisch und wo irgendwo Gelegenheit geboten ist. Daß eine Gewerkschaft auf sozialem Boden wurzeln muß, ist eine natürliche Sache, wenn sie für Recht und Freiheit der Arbeit und Arbeitnehmer, wenn sie gegen maßlose Übergriffe der Arbeitgeber eintreten, wenn sie überhaupt den ihr zufallenden großen Theil an der Arbeiter-Emanzipation richtig lösen soll!

Eine der weiteren nächsten Fragen dürfte wohl die Lohnfrage sein, denn Hamburg steht nicht bloß bei den Schneidern, sondern durchschnittlich bei allen Geschäftsbranchen allen größeren Städten Bayerns nach. Wer trägt daran die Schuld? In erster Linie immer die unorganisirten Arbeiter, in der zweiten Linie die Nachbarstädte und Städtchen, die uns mit schamloser Concurrenz überlaufen. — Darum rufen wir allen Collegen Hamburgs und der Umgegend zu: Tretet der Gewerkschaft bei! Und auch ihr Arbeiter anderer Geschäftsbranchen, gründet Gewerkschaften, bleibt nicht zurück in dem Kampf für freie Arbeit!

Das Vereinslokal befindet sich in der Brauerei zum „wilden Mann“; das Arbeitsnachweis-Bureau beim Bevollmächtigten Bösch, Langgasse Nr. 135.

Mit Gruß und Handschlag D. Fuchs.

Verband der Klempner (Spengler) und Fernsgegnen.

Hamburg, 18. Mai. Die Generalversammlung findet Sonntag, den 30. Montag, den 31. Mai und Dienstag, den 1. Juni in Rürberg statt und werden alle Bevollmächtigte ersucht, die Namen der betreffenden Delegirten an Herrn Barfus, per Adresse: Gaffhaus zu den „Schneppen“, Schmanjengasse in Rürberg, sowie beim Unterzeichneten einzusenden.

Anträge zur Generalversammlung.

- 1) Statutenänderung. § 23 al. b. Für den Hauptkassirer. Führung der Hauptkasse und Bücher, wozu ic. 2) § 26 al. d. Bestimmung der Beamtengehälter. Sämtliche Beschlüsse der Generalversammlung unterliegen der Urabstimmung der sämtlichen Mitgliedschaften des Verbandes. Alle zwei Jahre findet eine regelmäßige Generalversammlung statt. 3) Kranken-Unterstützungs-Bund. § 2. Jedem Mitglied ist die Adresse des Arztes und des Kassirers einzuhandigen. 4) § 17. In die Centralkasse fließen 60 Proc. sämtlicher Einnahmen. 5) § 19 (Schlußsatz). Diese Beträge sind nicht als Darlehen, sondern als Pflichttheil in Nothfällen zu betrachten. 6) Organfrage. „Der Vote“ ist obligatorisch einzuführen und der Abonnementspreis mit dem Beitrag zu verschmelzen. 7) „Der Vote“ erscheint zweimal monatlich. 8) Der Beitrag mit Abonnementsgeld wird um 3 Pf. per Woche erhöht. Für Nichtmitglieder beträgt der Abonnementspreis 40 Pf. per Quartal. 9) Bescheidung des in diesem Jahre stattfindenden Congresses sämtlicher Gewerkschaften Deutschlands. 10) Die Generalversammlung möge beschließen, daß die Geschäftsführung des Verbandes für die Folge eine richtig kaufmännische werde und zwar folgendermaßen: Der Geschäftsführer leitet die ganzen Geschäfte des Verbandes, vertritt die Stelle eines Buchhalters und führt die Bücher und hat ferner die Redaktion des Organs zu übernehmen. Der Hauptkassirer führt die Hauptkasse und hat über Einnahme und Ausgabe Buch zu führen. Almonatlich sind Buchhalter und Kassirer verpflichtet, im Beisein der drei Revisoren, Rechnung abzuschließen. 11) Von Frankfurt a. M. § 14. Zureisende, welchen am Orte Arbeit nachgewiesen wird und die diese nicht annehmen, erhalten keine Reise-Unterstützung. Auf jeden Fall hat der Bevollmächtigte im Quittungsbuch zu bemerken, ob dem Inhaber Arbeit angeboten wurde oder nicht. 12) Es sind von der Generalversammlung statutarische Bestimmungen über die Ortsverwaltung ins Auge zu fassen. (Es ist hier zu bemerken, daß beide Anträge schon im vorigen Jahre erledigt wurden. Siehe: Protokoll der Generalversammlung 1874.) 13) Der Generalversammlung ist die Aufhebung der Urabstimmung zu empfehlen, da die Abstimmung des Delegirten auch für die betreffende Mitgliedschaft bindend sein kann. 14) Die Generalversammlung möge den Begriff „Gemeinregelte“ näher definieren. 15) Von Hannover. § 2. Vom Kranken-Unterstützungs-Bund dahin zu wirken, daß verheirathete Collegen Mitglied sein können, ohne Mitglied des Verbandes zu sein. 16) Die nöthigen Schritte einzuleiten, dem Kranken-Unterstützungs-Bund den Charakter einer juristischen Person zu verschaffen. 17) Vom Aushuß. § 9. Der Kranken-Unterstützungs-Bund solle dahin geregelt werden, daß durchgängig nur eine Klasse eingeführt werde, und ist die Höhe des Betrages, wie die der Unterstützung, von der Generalversammlung zu berathen. 18) § 12. Etwas Steuerreste werden vom Unterstützungs-Gelde abgezogen, jedoch zählt das Mitglied während der Krankzeit keinen Beitrag. 19) § 16. Anstatt 15 Thlr. vorläufig 10 Thlr. zu zahlen, anstatt „sechs Monate“

*) Nach der Correspondenzbeilage der heutigen Nummer beweist, wie „bereitwillig“ die Arbeiter die Lohnverlängerung „entgegengenommen“ haben. D. Red.

zu legen: die bereits zwei Jahre ununterbrochen beigezeichnet haben. 20) München. § 1. Die Wörter, verwandte Berufsgruppen zu streichen, bezugnehmend auf alle Paragraphen. 21) § 2. Bildung eines Fonds zu streichen. 22) § 2 al. h. Jedes Mitglied ist verpflichtet, auf das Verbandsorgan „Der Bot“ zu abonnieren. 23) § 23 al. b. Der Geschäftsführer hat die Buchführung zu übernehmen und der Hauptkassierer nur ein laufendes Tagebuch über Einnahme und Ausgabe zu führen. 24) Nürnberg. § 17. Beibehaltung der 50 Proc., Abschaffung der Extrastener, Erhebung der nötigen Gelder aus den Ortsreserve-Kassen.

Die Delegierten, welche geneigt sind ein Referat zu übernehmen, werden ersucht, ihren Namen, und das Thema, über welches sie sprechen wollen, beim Unterzeichneten einzuwenden.

Also vorwärts, Kollegen von nah und fern! Auf zur Generalversammlung!

Hamburg, 1. Mai. (Erklärung.) Die heutige geschlossene Mitgliederversammlung erklärt, daß die Beschuldigungen, welche gegen unsern Bevollmächtigten L. Stoffel während seiner Abwesenheit erhoben worden sind, sich als vollständig unmaßgebend herausgestellt haben, und sind dieselben bloß auf persönliche Streitigkeiten zurückzuführen. Die Versammlung erklärt, daß Hr. L. Stoffel sein Amt in der hiesigen Mitgliedschaft treu und ehrlich verwaltet hat.

Die Hamburger Mitglieder des Verbandes der Klempner und verw. Berufsgenossen.

Gewerlöhngesellschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts. (Sitz Weimar.)

Crimmitschau. Vom Oktober 1874 bis jetzt haben abgerechnet: Crimmitschau 29 Mark; Sora 14.90; Leiserte 22.88; Langensalza 20; München 13.70; Piesee 9.45; Plauen 2.60; Braunschweig 44; Gotha 10.70; Apolda 5.10; Großenhain 39.10; Delitzsch 4.50; Schweinau 73.11; Augsburg 24; Wolfenbüttel 4.97.

Diejenigen Mitgliedschaften, welche noch nicht abgerechnet haben, werden, wenn sie in einem Monat ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind, unmaßgeblich als säumig veröffentlicht. In Darmen, Reutlingen und Landrecht haben sich mehrere Arbeiter unserer Genossenschaft angeschlossen, dieselben werden ersucht, Vertrauensleute anzunehmen. In Dreißem ist Vertrauensmann Gustav Kirshke, bei Tischlermeister Bode.

Die „Kettner“ der Großenhainer Mitgliederversammlung vom 16. Mai halten also die von den Braunschweiger Genossen gegen die Vorortverwaltung geführte Beschwerde für unbedingt gerechtfertigt. Es werden wohl die nämlichen Kettner sein, welche an die Vorortverwaltung die Anforderung stellten, ihnen ein Darlehen ohne Garantie zu geben, was aber die Verwaltung statutenmäßig nicht thun konnte. Unterzeichneter wurde dafür, daß er den Beschluß der Verwaltung den Selbstsuchenden mittheilte, mit einem groben beleidigenden Briefe bedacht, auch drohten diese mit Austritt aus der Gesellschaft. Also dafür, daß die Verwaltung genau nach dem Statut und nicht diktatorisch handelt, erhält sie als Lohn Vorwürfe und Beleidigungen, und wird ihr der Vorwurf gemacht, daß sie nicht lebensfähig sei. Freilich könnte mehr gethan werden, und es müßte auch mehr gethan werden; das ist aber Sache der Mitglieder und nicht der Verwaltung; die Verwaltung hat so viel gethan, wie nur von einer Feierabendverwaltung verlangt werden kann, sind die Mitglieder nicht damit zufrieden, dann müssen sie sich eine besoldete Verwaltung anschaffen, die im Stande ist, mehr Zeit auf die Arbeiten zu verwenden, dann wird sie auch eine größere Thätigkeit entfalten können. Die jetzige Verwaltung ist jede Stunde damit zufrieden, wenn ihr das undankbare Amt abgenommen wird.

E. Pöser, Peterstraße 557 CC.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Frankfurt a. M., 24. Mai. Den Kollegen und speziell den Delegierten des Coburger Schuhmacher-Congresses zur Nachricht, daß Freund Siebert auf der Rückreise in der Wohnung seiner Eltern verhaftet und geschlossen nach Würzburg transportiert wurde, um eine 4-wöchentliche Haft abzuhängen.

Allgemeiner deutscher Töpferverein.

Hamburg, 22. Mai. Sämtliche Delegierte, welche zu der am 29., 30. und 31. Mai in Weigen abzuhaltenden Generalversammlung geschickt werden, ersuche ich, rechtzeitig in dem Versammlungsort „Gasthaus zum goldenen Schiff“ sich einzufinden, oder sich vorher bei dem dortigen Bevollmächtigten A. Göpel, Neugasse Nr. 4141. parterre zu melden. L. Geber.

Berein der Sattler und Berufsgenossen.

Berlin. Am 7. Mai fand im Polenz'schen Lokale, alte Jacobstr. 88, eine öffentliche Versammlung der Sattler Berlins statt; dieselbe erklärte das Vorgehen des Sattlergehülfen Langky in der Fabrik des Herrn Kubißen in Charlottenburg in Angelegenheit unserer Kollegen Bittig und Lemm als ein höchst unwürdiges und verachtenswertes, indem derselbe durch falsche Angaben dieselben eines Betruges verdächtigt hat, wodurch unsere Kollegen brodblos wurden. Wir machen jeden Kollegen auf den H. Langky aufmerksam.

J. A.: F. Künzler.

Allgemeiner deutscher Schiffszimmerer-Verein.

Hamburg. Kameraden! Da ich Euch kurz nur durch Briefe wissen ließ, daß der Strik in Weimar siegreich beendet sei und Ihr natürlich nicht allein damit zufrieden seid, sondern auch etwas Näheres darüber zu wissen wünscht, so theile ich Euch hierdurch den vollständigen Sachverhalt mit. Die Ursache, weshalb unsere Weimarer Kollegen am 23. November v. J. die Arbeit einstellten, und welche einen harten Kampf sie bis zum 26. April zu führen hatten, ist Euch wohl bekannt. Fünf lange Monate waren unsere Kollegen mit ihren Familien dem strengen Winter ausgesetzt, ohne irgend etwas zu verdienen. Wenn auch Einige Arbeit auf den Holzplätzen und auch sonstige Arbeit bekamen, so war doch die große Mehrzahl davon ausgeschlossen und lebte dieselbe theilweise nur von den Unterstützungen, welche sie von ihren übrigen Kollegen Deutschlands erhielt. Benuzgleich die Unterstützungen auch nicht dergestalt waren, um auskömmlich zu sein, so reichten sie doch hin (wenn man den Willen in sich trägt, einen Kampf gegen die Unterdrücker zu führen), um längere Zeit den Reisern widerstehen zu können. Mit Stolz können wir auf die Organisation und Opferwilligkeit aller deutschen Schiffszimmerer, welche unserem Verein angehören, blicken. Wir sind kampffähig und können dem Verein Norddeutscher Schiffszimmerer energisch entgegen treten. Ungefähr 11000 Rmk. mußten wir aber opfern, bevor unsere Kameraden soweit gelangten, um sich selbst helfen zu können. Es war ein langer theurer Kampf, aber auch einen glänzenden Erfolg haben wir zu verzeichnen. Unsere Kameraden sind nämlich

ihre eignen Unternehmer geworden. Sie gründeten schon im Anfange dieses Jahres eine Assoziation unter folgenden Bestimmungen: § 1. Herr Eder (erster Vorsitzender) übernimmt vom heutigen Datum das Gewerbe der Schiffbauerei, derselbe erklärt sich bereit, soviel in seinen Kräften steht, für Herbeischaffung von Arbeit zu sorgen, auch in allen bei Ausführung der Arbeit vorkommenden Angelegenheiten, hauptsächlich in Geldsachen, den Beschlüssen streng Folge zu leisten.

§ 2. Um zur Ausführung der übernommenen Arbeiten die nötigen Geldmittel zu erlangen, gründen sämtliche Beteiligte eine Kasse, in welche ein Jeder 9 Rmk. als Einstandsgeld zu zahlen hat. Es steht einem Jedem frei, diese Summe in drei verschiedenen Raten, jedoch im Laufe des ersten Monats, abzugeben. Arbeitslose Gesellen zahlen beim Beginn der Arbeit in denselben Raten.

§ 3. Zur Verwaltung der Kasse wählen die Beteiligte aus ihrer Mitte drei Mann, welche in Gemeinschaft mit Eder die Geschäfte der Gesellschaft in Ausführung bringen. Dieselben kommen auf der Herberge, so oft wie erforderlich, zusammen, um alle betreffenden Angelegenheiten zu regeln.

§ 4. In diese Kasse fließt außer dem genannten Einstandsgeld: a) Jeder nach Auszahlung des bestimmten Tagelohnes übrig bleibende Ueberschuß. b) Alle aus gelieferten Materialien gewonnenen Gelder. c) Von jedem Mitgliede ein Beitrag von 5 Pf. von jedem Tagelohn.

§ 5. Jedes Mitglied erhält ein Buch (von der Gesellschaft), worin der Betrag des verdienten Tagelohnes verzeichnet wird. Das in § 2 genannte Einstandsgeld soll, so lange die Kasse besteht, in derselben verbleiben. Der Verdienst und die eingezahlten Beiträge sollen am Schluß des laufenden Kalenderjahres unter die Mitglieder, nach den Arbeitstagen eines Jeden berechnet, ausgezahlt werden. In dem ersten Monat eines jeden Vierteljahres soll durch eine aus der Gesellschaft gewählte Commission von 5 Mann die Kasse revidirt und den Mitgliedern in einer Generalversammlung Bericht erstattet werden.

§ 6. Stirbt ein Mitglied, so wird sein Guthaben nach stattgefundener Jahres-Abrechnung an seine Hinterbliebenen ausgezahlt. Geht ein Mitglied zur See, so wird sein Guthaben aufbewahrt, bis zu seiner Rückkehr. Erfolgt sein Tod während der Reise, so wird nach Vorzeigung der nötigen Beweismittel das Guthaben ebenfalls den Hinterbliebenen ausgezahlt. Sind in beiden Fällen direkte Erben nicht vorhanden, so bleibt das Guthaben Eigentum der Kasse. Das Guthaben bei der Kasse verliert ein Mitglied: a) Wenn es die Kasse in betrügerischer Weise benutzt. b) Wer die Gesellschaft zu schädigen sucht. c) Wer auf eigene Hand Arbeiten unternimmt. d) Wer freiwillig aus dem Bunde ausscheidet.

§ 7. Da nicht voraus zu sehen ist, ob von der Gesellschaft alle Mitglieder beschäftigt werden können, so sollen am Anfange die Bedürftigsten zuerst berücksichtigt werden. Im weiteren Verlauf der Arbeit muß das Arbeitsbuch eines jeden Mitgliedes Ausweis liefern, wer zunächst an die Reihe kommt. Weiter ist beschlossen, den hiesigen Meistern und Arbeiterunternehmern, Gesellen für den von uns bestimmten Lohn zu leihen, jedoch nur so viele, wie die Gesellschaft entbehren kann. Doch soll darauf Rücksicht genommen werden, daß die Alten so viel wie möglich geschont werden. Die beim Meister Arbeitenden haben ebenfalls den laufenden Beitrag von 5 Pf. pro Tag zu zahlen und nehmen Theil an dem Verdienst der Gesellschaft. (Schluß f.)

Correspondenzen.

Dresden. Am 17. und 18. Mai tagte hierorts der Kongreß des Vereines der Sattler und Berufsgenossen. Es waren 13 Delegierte anwesend, welche folgende Orte vertraten: Berlin, Barren, Dresden, Crimmitschau, Chemnitz, Hamburg, Magdeburg, Braunschweig, Stuttgart, Leipzig, München, Hannover, Zwickau, Pirna. Neu hinzu kamen die Orte Bremen, Darmstadt und Eöln. Da dem „Volksstaat“ wahrscheinlich ein offizieller Bericht zugehen wird, so will ich mich auf die Mittheilung der wichtigsten Beschlüsse beschränken. Beschllossen wurde u. A. die Gründung einer Central-Kassensache, und müssen sämtliche Mitglieder dieser Kasse auch Mitglieder des Sattlervereines sein. Betreffs der Gründung einer Centralunterstützungskasse für Arbeitslose wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der Kongreß beschließt, den Lokalmittelverbänden anheim zu stellen, mit der Gründung von Unterstützungsstellen für Arbeitslose vorzugehen, welche Kassen nach Errichtung durch Kuratillenvertrag in Verbindung treten sollen.“ Ein Antrag der Berliner Mitgliedschaft, einen besoldeten Vereinsbeamten anzustellen, mußte aus pekuniären Rücksichten abgelehnt werden, dagegen wurde dem Vereinsvorsitzenden eine monatliche Entschädigung von 10 Thlr. bewilligt. Es wurde ferner beschlossen, das Agitationscomité in Hamburg aufzulösen und die Agitation dem Centralvorstand zu übertragen. In derselben Angelegenheit gelangte auch folgende Resolution zur Annahme: „Die Agitation ist zwar dem Centralvorstand übertragen, doch sollen die Lokalmittelverbände Lokalagitationscomités gründen, zu welchem Zweck diesen bestimmte Fonds angewiesen werden. Die Lokalcomités haben allmonatlich dem Centralvorstand Bericht und Rechnung zu erstatten.“ — Als Vorort wurde Berlin wieder gewählt und der bisherige Vereinsvorsitzende Henke in Berlin auch für die folgende Periode mit der Leitung der Geschäfte betraut. Beschllossen wurde der Kongreß durch eine Ansprache des Vereinsvorsitzenden Henke, in welcher er den Delegierten es warm ans Herz legte, für die Verbreitung des Vereines der Sattler und Berufsgenossen so zu wirken, daß der nächste Kongreß eine bedeutende Vergrößerung des Vereines konstatiren könne.

Hörde, 18. Mai. (Bergarbeiter-Versammlung.) Am 9. v. Mts. hielten wir im Lokale des Herrn Bach hier selbst eine öffentliche Bergarbeiter-Versammlung ab. Schröder eröffnete die Versammlung. 1. Vorsitzender war Wüner; 2. Vorsitzender Brinkmann; Unterzeichneter und Schröder Schriftführer. Tagesordnung war: „Der Erlaß des Handelsministers Dr. Achenbach bezüglich Herabsetzung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit.“ Schröder gab zuerst eine kurze Aufklärung über die Veranlassung zu dieser öffentlichen Versammlung. Alsdann begrüßte Wüner die anwesenden Bergleute von Hörde und Umgegend im Namen der Dortmunder Bergleute mit einem allseitig erwiederten „Glückauf!“ Wüner verlas dann den Erlaß des Handelsministers Dr. Achenbach wegen Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne. Es wurde von dem Redner nachgewiesen, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne durchaus nicht statfinden könne, ohne das Wohlergehen des ganzen Volkes, speziell der Bergleute stark zu schädigen. Redner verlas eine Bilanz der Bechen „Hibernia“ und „Shamrock“ bei Selskuchen, worin nachgewiesen wird, daß keineswegs die Bergleute den wirklichen Nutzen der Industrie allein gehabt haben, sondern daß dieselben in der That durchaus nicht mehr erhalten haben, als den wirklichen sauer verdienten Arbeitslohn, dagegen sei der Nutzen oder Gewinn ausschließlich den Unternehmern zugeflossen.

An der Debatte beteiligten sich noch Unterzeichneter, Brinkmann und Schröder. Unterzeichneter bewies, daß die Behauptung des Handelsministers nicht begründet und also auch nicht gerecht sei, weshalb müsse gegen den Erlaß protestirt werden. Es wurden vom Unterzeichneten die anwesenden Bergleute ermahnt, sich ihre Lage zu überdenken und rege an deren Befreiung zu arbeiten. Sämtliche Vorträge wurden von der über 600 Mann starken Versammlung mit Aufmerksamkeit angehört und mit stürmischen Bravo's begleitet. Der von Schröder schon in Dortmund gestellte Antrag wegen Abschaffung der hiesigen Lokalpresse und Benennung der arbeiterfreundlichen Presse, „Neuer Sozialdemokrat“ und „Volksstaat“, wurde auch hier einstimmig angenommen. Ebenso wurde auch die von Wüner vorgeschlagene Resolution (siehe Bericht von Dortmund), nachdem dieselbe von Schröder vorgelesen und von Wüner erklärt war, einstimmig angenommen. Hierauf wurde die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf den Arbeiterstand und die Arbeiterbewegung geschlossen.

Mit sozialdemokr. Brudergruß und kameradschaftl. Glückauf!

Wib. Fröhlich.

Dortmund. (Bergarbeiter-Versammlung.) Am 16. Mai hielten wir hier eine öffentliche Bergarbeiter-Versammlung im Lokale des Herrn Knoch ab. Die Versammlung wurde von Wüner eröffnet. 1. Vorsitzender war Wüner; 2. Vorsitzender Walf; Unterzeichneter und F. Henning waren Schriftführer. Tagesordnung war: 1) „Der Erlaß des Handelsministers Dr. Achenbach wegen Herabsetzung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit“; 2) „Wie haben sich die Arbeiter dem gegenüber zu verhalten und zu organisiren.“ Unterzeichneter verlas den Erlaß des Handelsministers und gab einen kurzen Uebersicht über die Lohnverhältnisse der Bergarbeiter und die Ausbeute der Gewerke resp. der Unternehmer. Es wurde nachgewiesen, daß eine Herabsetzung der Löhne, sowie eine Verlängerung der Arbeitszeit keineswegs zeitgemäß und zulässig sei, und auch nicht ohne Nachtheil für den ganzen Bürger- und Bauernstand, sowie für die Arbeiter insgesamt bewerkstelligt werden könne. Dann übernahm Wüner das Referat und bewies derselbe an verschiedenen Bilanzen und Geschäftsberichten einzelner Gruben, daß nicht der Arbeiter den wirklichen Nutzen gezogen, sondern der Unternehmer. Auch wurde von demselben nachgewiesen, daß der Arbeiter im ganzen Staate keine Rechte, wohl aber Pflichten in Masse habe, sonst aber nur als Lohnknecht betrachtet werde. Wüner gab noch einige Aufschlüsse über die Broschüre des Bischofs Kettler in Mainz „Arbeit und Kapital“ und über den „Arbeiterpiegel“. Die Versammlung folgte mit großer Spannung dem Vortrage und wurde Wüner öfter von stürmischen Bravo's unterbrochen.

An der Debatte beteiligten sich noch Schröder und Brinkmann. Walf ermahnte die anwesenden Bergleute, für ihre Rechte einzustehen und sich fest zusammenzuscharen. Die schon in Dortmund und Hörde von Wüner vorgeschlagene Resolution wurde auch hier einstimmig angenommen. Wüner sprach zu Punkt 2 der Tagesordnung, wie eine Vereinigung der deutschen Bergleute zu erzielen sei, und stellte den Antrag, ein Comité zu wählen, welches mit dem Dortmunder Comité in Verbindung treten solle. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und die Mitglieder des Comités sofort gewählt. Das Comité besteht aus den Kameraden Walf, Sanker, F. Henning, B. Gerold, Loßberg, Heiermann, Guntenhöfner. Unterzeichneter gab noch eine kurze Schilderung über die Dinge in Marzen, woselbst die Unternehmer die Wirthe und Lokalbesitzer bestimmt haben, ihre Lokale nicht zu öffentlichen Bergmanns-Versammlungen herzugeben, wodurch es unmöglich geworden ist, eine Versammlung abzuhalten. Er ermahnte und ersuchte die Anwesenden, die sich unseren Bestrebungen feindlich zeigenden Wirthe und die hiesige Lokalpresse nicht mehr zu unterstützen. Reihlich stehen die Dinge hier, wo sich der Besitzer des größeren Lokals, Herr Biegler, ebenfalls weigerte, sein Lokal zu einer Versammlung abzugeben, dagegen gab Herr Knoch sein neuerbautes Lokal bereitwillig her. Kameraden von Marzen und Dortfeld! Sehet nicht mehr bei solchen Wirthen, welche sich Euch und Euren Bestrebungen feindlich gegenüberstellen, sondern geht nur zu den Wirthen, die Euch freundlich und behülflich entgegenkommen.

Mit sozialdemokr. Brudergruß und kameradschaftl. Glückauf!

Wib. Fröhlich.

Dortmund, 21. Mai. Unsere Gegner sind sehr erbost über den nach ihrer Meinung renitenten Geist, der sich gegen den sammlen Achenbach'schen Erlaß unter den Bergleuten des hiesigen Reviers lanngiebt; sie können gar nicht begreifen, warum die Bergleute nicht ohne Weiteres sich in die Verlängerung der Arbeitszeit und die Verkürzung des Lohnes schicken wollen, welche Maßregeln doch nur im Interesse der bedrohten deutschen Industrie geplant seien. Täglich findet man in der Kapitalistenpresse, und namentlich in der „Dortmunder Zeitung“, Ausfälle der hämischsten Art gegen die Bergleute. So hatte sich Unterzeichneter genöthigt gesehen, der „Dortmunder Zeitung“ eine Berichtigung in Form einer Resolution, welche in einer Bergarbeiter-Versammlung gefaßt wurde, zuzuschicken, um zu dokumentiren, daß es keineswegs sozialistische „Wählerereien“ seien, welche die Bergleute veranlaßten, sich gegen die Verkürzung des Lohnes und die Verlängerung der Arbeitszeit zu stemmen. Ich lasse die Resolution mit dem Vor- und Nachwort der „Dortm. Ztg.“ hier folgen. Die „Dortm. Ztg.“ hebt also an:

„In Nr. 104 der „Dortm. Ztg.“ ist ein Bericht über die am 1. v. M. hier abgehaltene Versammlung von Bergleuten enthalten, die den vom Handelsminister an die Verwaltungen der fiskalischen Berg- und Hüttenwerke ergangenen Erlaß (S. Nr. 97 der „Dortm. Ztg.“) einer Kritik unterzog und eine Erklärung dagegen votirte.

Das Comité zeigt und heute durch seinen Vorsitzenden an, daß es mit der Auffassung jenes Berichtes durchaus nicht zufrieden ist. Die Versammlung sei keineswegs eine von Sozialdemokraten anberaumte gewesen, sondern durch ein gemüthliches Zusammensein mehrerer Bergleute, wobei der erwähnte Ministerial-Erlaß vom Vorschein kam und solche Aufregung hervorrief, daß man sich einigte, gegen denselben sofort zu protestiren.

Zugleich werden wir um Veröffentlichung der von jener Versammlung beschlossenen Erklärung ersucht, die wir hier folgen lassen:

„Resolution.

Die heutige im Lokale des Hrn. Hirse auf der Weberstraße zu Dortmund tagende Versammlung der Bergleute erklärt, daß 1) der vom Preussischen Handelsminister an die Oberbergämter veröffentlichte Erlaß über zurückgebliebene Arbeitsleistungen der Bergarbeiter eine Ehrenkränkung enthält; derselbe auf einer ganz oberflächlichen Information, sowie auf einer einfachen und durchaus unrichtigen Auffassung beruht; 2) die in jenem Erlaße enthaltenen, gegen die Bergarbeiter gerichteten Beschuldigungen für durchaus unbegründet, indem sie die Ueberzeugung ausspricht, daß die hohen Löhne keineswegs eine Entmuthigung, vielmehr ein Sporn zur Arbeit sind, die rückgängigen Conjunctionen aber nur dem überhand

nehmenden Raubbau, der furchtbaren Ueberproduktion und der nach Actienschwindel spekulirenden Kapitalmacht zuzuschreiben sind; 3) für eine Existenzuntergrabung und als ein Raub der Gesundheit für die Bergarbeiter, wenn für die Zukunft die Löhne reduziert und eine Verlängerung der Arbeitszeit eintritt, daß es nach den hohen Preisen der Lebensmittel keineswegs möglich ist, dieses eintreten zu lassen; 4) die Versammlung beauftragt ihr Bureau, dieses durch Zeitungen resp. Kolablätter zur Veröffentlichung zu bringen, und verpflichtet sich, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln eine Vereinigung der Bergarbeiter herbeizuführen, und den in dem Erlaß vorgeschriebenen Maßregeln energisch entgegenzutreten."

Es ist erforderlich, dieser Mittheilung zur Feststellung des wahren Thatbestandes hinzuzufügen, daß dieses „gemüthliche Zusammensein“ auf Grund einer in der „Dortm. Ztg.“ ic. öffentlich ausgeschriebenen „Großen Versammlung für sämtliche Bergleute von Dortmund und Umgegend“ herbeigeführt wurde; daß die „mehrere Bergleute“ zu einer Zahl von 400 amvouchen; daß der Hauptredner gar kein Bergmann, sondern ein Schuhmacher war, der im Rufe steht, Sozialdemokrat zu sein; daß endlich die Rede zur Begründung der Resolution und besonders der Protest selbst nicht erst nach der Aufregung entstanden, sondern wohl vorbereitet erschienen.

Uebrigens dürfte die Versammlung am 2. d. M. und die aufregende Besprechung des Ministerial-Erlasses schon ihre Wirksamkeit herbeigeführt haben. Auf der Zeche „Germania“ brach sofort der Streik aus, als die von der Direction angeordnete Lohnreduction von 20 Prozent eingeführt wurde. Auch soll, wie die „Elb. Ztg.“ meldet, Gleiches auf der Zeche „Louise Tiefbau“ stattgefunden haben, so daß die Bergarbeiter zwar ansahen, aber nicht oder fast gar nicht arbeiteten.

Es ist erklärlich, wenn diese Prejudice erboht ist über den guten Fortgang der Bewegung unter den Bergarbeitern. Daß der Unterzeichnete, welchen man als Hauptredner bezeichnet, ein Schuhmacher und gar kein Bergmann sei, ist eine kolossale Lüge, da derselbe schon seit dem Jahre 1866 der Bergmannsarbeit sich gewidmet hat. Daß ferner die Bergleute auf den benannten Zechen angesehen sind, ohne zu arbeiten, ist ein Zeichen, daß dieselben zur Einigung bereits reif sind. Die anderen in Hörde und Dorstfeld abgehaltenen Versammlungen werden aber von der „Dortmunderin“ grüßlichst tadelgeschwiegen. Wir gehen aber mit freiem Muthe an's Werk, und sind schon tüchtige Vorbereitungen getroffen; in den Orten Dortmund und Dorstfeld besteht ein Comité, welches die Sache der Vereinigung kräftig fördert wird. Aus den benachbarten Dören sowie auch theilweise aus dem Rheinlande sind schon zahlreiche Zustimmungen erfolgt.

Ich ersuche daher alle Bergarbeiter Deutschlands, welche Interesse an diesem großen Werke haben und zugleich Parteigenossen sind, ihre Adressen an den Unterzeichneten einzusenden.

Mit kameradschaftlichem Glückwunsch!

H. Winner, Vors., in Dorstfeld b. Dortmund.
Stollberg, 10. Mai. Gestern ersattete unser Reichstagsabgeordneter Herr Liebknecht vor einer der Räume des Schützenhauses zum Erdrücken füllenden Versammlung seiner Wähler Bericht über den Reichstag und seine Thätigkeit in demselben ab.

Die gespannteste Aufmerksamkeit wurde seinem Referate zu Theil und die Versammlung sprach, durch eine eingebrachte Resolution, Herrn Liebknecht einstimmig für seine Thätigkeit und für die Vertretung des 19. Wahlkreises öffentlichen Dank aus. F. F.

Kirchberg, Am 9. Mai, Nachmittags 3 Uhr, fand im Lokale des Herrn Weilmann hier eine große Volksversammlung statt, welche so stark besetzt war, daß weder zum Sitzen noch zum Stehen ein Plätzchen freibleib. Heinrich Barthel aus Seifersdorf wurde zum Vorsitzenden gewählt. Unser Reichstagsabgeordneter Hr. Liebknecht aus Leipzig referirte über die Tagesordnung: „Der Reichstag und die Landbevölkerung.“ Derselbe schilderte eingehend, wie das arbeitende Volk im Reichstag vertreten wird; er beleuchtete ferner die Lage der Industriearbeiter, des Mittel- und Klein-Bauernstandes. Die zahlreich anwesenden Bauern konnten aus dem Referat erkennen, wie schwer auch sie durch die indirekten Steuern belastet werden, und daß sie sonach die gleichen Interessen haben wie der industrielle Arbeiter. Wir hatten Gelegenheit, sie später selber sagen zu hören, daß dieser Mann recht gehabt und kein Wort erlogen sei. Herr Liebknecht sprach sodann noch ausführlich über das Landsturm- und das Civilgesetz. Die Versammlung folgte mit Begeisterung den Ausführungen des Referenten, und als der Vorsitzende über die Resolution abstimmen ließ: „Die Versammlung erklärt sich mit der Haltung der Sozialisten im Reichstag und speziell mit deren Thätigkeit vollständig einverstanden“ erhob Alles die Hände. Gegnerische Gegenrede war nicht zu verlaublichen und es schloß die Versammlung, die ein deutliches Zeugniß für den besten Fortgang der sozialistischen Sache im 19. Wahlkreise geboten hat, mit einem dreimaligen Hoch auf unseren Vertreter im Reichstag.

Waldenburg in Sachsen. Wie die Parteigenossen bereits wissen, findet bei uns den 6. Juni ein Arbeiterfest statt, zu dessen zahlreichem Besuch wir die Parteigenossen, im Interesse der gemeinsamen Sache, hiermit einladen. Insbesondere bitten wir die Freunde aus Zwickau, Glauchau, Meerane u. s. w., welche uns am 2. Pfingstfesttag besuchten, auch auf dem Arbeiterfest zu erscheinen, dessen Gelingen für die sozialdemokratische Bewegung hier und in der Umgegend von größtem Nutzen sein wird.

Mannheim, 4. Mai. Wir gaben unlängst den auswärtigen Parteigenossen durch den „Volkstaat“ zu wissen, daß wir uns hier an der Gemeindevahl betheiligten. Diese Wahl ist nun vorüber, und können wir zwar keinen direkten Wahlsieg verzeichnen; wenn man aber in Erwägung zieht, welche Bedingungen einem Wähler obliegen, an welche Bedingungen das Wahlrecht geknüpft ist — (1) muß der Wähler zwei Jahre hier wohnhaft sein, 2) muß er zwei Jahre verheirathet sein, 3) darf er zwei Jahre hindurch keine Staats- und Stadtschulden haben, 4) darf er keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen haben), — so haben wir mit den 2—300 Stimmen (die genaue Stimmenzahl ist nicht veröffentlicht worden), die auf den Arbeiterkandidaten fielen, ein ganz hübsches Resultat erzielt. Unser selbständiges Vorgehen bei der Wahl ist uns so gerechtfertigt, als hier eine sich demokratisch nennende Partei noch die Oberhand hat, weil sie durch ihre Phrasenreden die ganze indifferente Masse der Arbeiter nach sich zieht. Wie weit es diese Aufwinder mit der wahren Demokratie christlich meinen, haben wir ebenfalls bei dieser Wahl kennen gelernt. Man muß es mit angesehen haben, um sich ein Urtheil darüber bilden zu können, wie diese Herren ihre untergebenen armen Arbeiter rüdelweise an die Wahlurne führten. Und das nennen diese Herren demokratisch! Doch genug, wir kennen diese Sippschaft; durch nichts lassen wir uns von ihnen irre machen. Die letzten Gemeindevahlen haben uns Stoff genug gegeben, gegen diese Scheindemokraten aufzutreten, es wird uns das die Propaganda für die Grundzüge der Arbeiterpartei Deutsch-

lands erleichtern. Und nun richte ich noch zum Schluß die Bitte an die hiesigen Parteimitglieder die Mitgliederversammlungen, jetzt wo so wichtige Angelegenheiten zu besprechen sind, zahlreicher als bisher zu besuchen.
Fb. Mai.

Wiesbaden. Am 30. März fand hier eine öffentliche Versammlung der Holzarbeiter statt mit der Tagesordnung: „Zweck und Nutzen der Gewerkschaft“. Referent war Kauerer aus Leipzig. Zum ersten Vorsitzenden wurde Arens und zum zweiten Schuhmacher gewählt. Redner sprach zuerst über die Schädlichkeit der heutigen Produktionsweise für die arbeitende Klasse und meinte, wenn die Maschinenarbeit der Menschheit wirklich Nutzen bringen solle, so müsse die Arbeitszeit um so viel geringer werden, als die Maschinen mehr produzierten, wie der gewöhnliche Arbeiter zu leisten vermag. Da aber die Maschinenarbeit nur dem Einzelnen, und zwar dem Kapitalisten selbst Nutzen bringt, so müsse der Arbeiter, wenn die Kapitalisten-Gesellschaft fortfahren sollte, das Rezept Camphausens zu befolgen, unbedingt verkommen, d. h. wenn die Arbeiter so dumm sind und es dahin kommen lassen. Um aber diesem Unwesen zu steuern ist es nöthig, daß sich die Arbeiter brüderlich die Hand reichen und sich organisiren, denn dadurch wäre es nur möglich, eine bessere Lage für die Bevölkerung herbei zu führen. Zum Schluß forderte Referent alle Anwesenden noch auf, sich der Gewerkschaft anzuschließen. Das Resultat war, daß sich Mehrere als Mitglieder einschreiben ließen.

Dorf Belsch, Schriftführer.
Schw. Gmünd. Vor einiger Zeit hatten wir eine Volksversammlung, in welcher der Reichstagsabgeordnete Hasenclever mit vielem Beifall über „die Stellung der Sozialdemokratie gegenüber den anderen Parteien“ referirte. Die Gegner, unangenehm überrascht von dem Erfolg, den Hasenclever erzielt hatte, ließen den bekannten Julius Schulze aus Mainz kommen, welcher einen Vortrag über „die Stellung der Gebildeten gegenüber der sozialen Frage“ hielt. Erst nach einer langen Einleitung, in der Schulze gewaltige Sprünge in der Geschichte machte, kam er auf die Sozialdemokraten zu sprechen. Er nannte uns gott- und vaterlandlos Gesellen, die anzurotten eines jeden Besitzenden und Gebildeten heiligste Pflicht sei. Und als nun gar der „Volkstaat“ an die Reihe kam, da konnte die Wuth des „Gebildeten“ keine Grenzen. Schulze behauptete, daß viel frechere Artikel im „Volkstaat“ zu finden seien, als in den ultramontanen Zeitungen. Daß die Sozialisten staats- und gesellschaftsfeindlich seien, sehe man an den Fäkalien, die da sagten: Wenn man unsere Forderungen nicht in Gütem bewilligt, dann werden wir sie mit Gewalt durchsetzen. (Ohne althergebrachte Denunziationen geht bei Schulze nicht ab. D. R.) Was speziell die Eisenacher Sozialisten anlangt, so erfreuten sich dieselben der Ehre des Hauptangriffs. Namentlich ist Herr Schulze die bei den „Eisenacher“ hervorsteckende Internationalität, die bei keiner anderen Arbeiterorganisation der Erde in dem Maße anzutreffen sei, ein Dorn im Auge, und auch unseren Atheismus verdammt Schulze in den Abgrund der Hölle. Es sei löblich, daß die Arbeiterklasse mehr produziere als konsumiere, die Sozialisten dagegen wollten mehr konsumieren als produzieren (?), aus diesem Grunde schon seien die sozialistischen Lehren unausführbar. Wenn ein Arbeiter mehrere Jahre darbe und sich dann in seiner Gemeinde ein Grundstück erwerbe, so finde er darin weit mehr soziale Theorie, als in allen sozialistischen Schriften zusammen genommen. Wollten sich die Besitzenden und Gebildeten der gesellschaftlichen Auswüchse erwehren, dann müßten sie mit Nächstenliebe an die Nichtbesitzenden und Ungebildeten herantreten. Auch sollten die Besitzenden die Arbeiter mehr in ihre Kreise hereinziehen, damit sie nicht in die Hände der Sozialdemokraten fallen. Schulze verlangte auch Gesetze über das Lehrlingswesen und Handels- und gewerbliches Recht. Ebenso ist er für gute Schulen. Aber, sagte er, wenn zu Hause wieder schlecht gemacht wird, was in der Schule Gutes geschaffen ist, so nützt die beste Schule nichts. Er wisse Gegenden, wo die Kinder schon so zu sagen zu Laualle beten gelernt hätten. Vor Allem aber thue Noth eine feste Vereinigung aller Besitzenden und Gebildeten, wenn die Arbeiterpartei nicht zur Herrschaft gelangen soll.

Wir können getrost über Herrn Schulze zur Tagesordnung übergehen. Die „Besitzenden“ mit warmem Herzen und voller Menschenliebe sind bei uns wohl kaum mit der Laterne zu finden und muß sich Herr Schulze solche schon wohl vom Monde verschreiben lassen. Was seine Ausfälle gegen unsere Partei betrifft, welche er immer zuerst ein wenig lobte, um sie dann um so ärger verdammten zu können, so haben diese bei uns das Gefühl der vollständigen „Durftigkeit“ hinterlassen.

Verichtigung.)

Auf den Artikel: Regensburg 21. April in Nr. 56 des „Volkstaat“ in Leipzig haben wir im Interesse der Wahrheit Folgendes zu berichten:

- 1) War Herr Bierling vor dem Ankauf der Fabrik kein mittel- loser Kaufmann. 2) Sind mehr als 3—4 männliche Arbeiter in der Fabrik. 3) Sind hiervon nur zwei mit Sortiren und zwar nur mit Cigaretten-Sortiren beschäftigt. 4) Der Arbeiter, welcher nur 27 kr. Tagelohn erhält, ist ein ganz prestähler (!) junger Mann, für welchen uns eine rentirliche Beschäftigung überhaupt nicht denken können. 5) Ist es eine Lüge, daß sich die Arbeiterinnen nur täglich 18—36 kr. verdienen. 6) Ist es keineswegs das Verdienst des Richard Husschmidt und Consorten, daß Herr Bierling die Strafgelehrten der Krankenkasse überwiegt, sondern es besteht dasselbe schon längere Zeit und zwar aus eigenem Antriebe des Herrn Bierling ohne allen Zwang. 7) Ist es eine Lüge, daß Husschmidt der bestbesoldete Arbeiter war, da sich Arbeiterinnen selbst mehr verdienen als Husschmidt wenigstens erhalten hat. 8) Ist es eine Lüge, daß Husschmidt nur 1 fl., sondern er erhielt 1 fl. 12 kr. Tagelohn. Wahr dagegen ist, daß Husschmidt die Arbeiterinnen auf die nichtwürdigste Weise schikanierte. Wahr ist, daß Husschmidt durch groben sachlichen Leichtsinns nachlässigen Schaden verursachte. Wahr ist, daß die gültigen Vorstellungen des Herrn Bierling nichts fruchteten. Wahr ist, daß die Arbeiten des Husschmidt gegenwärtig von einem Arbeiter besorgt werden, welcher nichts weniger als Buchbinder ist und daß dessen Arbeiten brauchbar sind. Endlich dürfte jedenfalls wahr sein, daß derartige Berunglimpfungen nicht zur Erhöhung der Ehre der Arbeiter dienlich sein können.

Regensburg, im Mai 1875.

Ernst Hausmann, Werkmeister. Maier. Kaver.

*) Ungenau angedrückt. Wenn der Baarenverbrauch sich gleich bliebe, würde die Maschinenarbeit mit Nothwendigkeit eine der gesteigerten Produktivität entsprechende Kürzung der Arbeitszeit zur Folge haben. Es ist aber zu bedenken, daß der Baarenverbrauch in beständiger Zunahme begriffen ist, und in einer sozialistischen Gesellschaft, welche ein Wohlstand der Gesellschaftsmitglieder zum Zweck hat, sich noch weit rascher vermehren wird als bisher.

*) Wir drücken die „Verichtigung“ wörtlich ab, und müssen es Herrn Husschmidt überlassen, die Wahrheit seiner Behauptungen festzustellen.
D. Red.

Beisitzer
der Redaktion: H. in B. 3f. eingetroffen, aber nicht zu verwenden. Man. Rest zur Verfügung. — Fr. F. in Bremen und L. B. in Braunschweig, nächste Nummer.
der Expedition. Siff. Salonik: Die bestellten Schriften sind am 19. April an Sie abgehandelt worden. Dank für Gesandtes.

Quittung
B. C. Bhm. Straßburg Schrift. 4.00. Ohe. Plagwitz Ab. 3.00. Vfr. Berlin An. 3.00. Star. New-York Ab. 1.60. Schrift. 1.8. Rom Berlin Schrift. 2.16. Sibert. Bielefeld Schrift. 5.40. Rym. Jägerndorf Schrift. 1.65. Wzur. Stabe Ab. 1.00. Schurr. Sonneberg Schrift. 0.60. Arnold. Oberwiesenthal Schrift. 14.00. Ohn. Frankfurt An. 0.70. Emson. Mainz Schrift. 7.10. Gmbr. Großhain Schrift. 24.00. Schmitt. Altenburg Schrift. 0.75. Fiedman. Belgard Schrift. 2.10. Wyl. hier Ab. 0.55. Or. Rüdelsheim Schrift. 6.00. Schmidt. Kömmerhadt Schrift. 4.97. Knabrig. Düsseldorf An. 0.80. Schrumm. Langebrück Schrift. 2.30. Hll. Brohn Schrift. 0.75.

Zum Wahlfond.
B. Liste 22. Hrt. Goflis 1.00. S. einem Galvanoplastiker 0.25. S. Liste 26. C. Rmm 3.75. Liste 39. Fiedrich 7.36

Fond für Gesandte.
B. Arb.-Büd.-Ver. Rdt. hier 26.20.

Gesellschaftsbuchdruckerei.
Antheilscheine bezügl. Antheilqualifikationen erhielten fernec in Großhain B. G. 30.00, in Magdeburg J. F. 60.00, in Hannover B. B. 6.00.

Braunschweig. Am 30. Mai feiert die Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer in Wagenbreits Garten ihr

Zweites Stiftungsfest,
verbunden mit Concert, Festrrede, Deklamation und Ball, wozu sämtliche Freunde und Verwandschaften eingeladen sind.

Das Festcomité:
2. Weber. B. Petermann.

Cöln. Vom 1. Juni wohne ich großer Giechenmarkt 47. Dies den Parteigenossen zur Beachtung. Gustav Heinrichs [30]

Düsseldorf. Die geschlossenen Mitglieder-Versammlungen des Sozialdemokratischen Wahlvereins finden von nun an jeden letzten Samstag im Monat statt, in welchen die Mitgliedslisten vorgezeigt werden müssen.
50) Der Vorsitzende: G. Rodenberg.

Hannover. Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Sonnabend, den 29. Mai 1875:
Geschlossene Mitgliederversammlung

im Locale des Herrn Bartling, Knochenhauerstraße 59. — Tagesordnung: Renwahl des Vorstandes und der Control-Commission; Verschiedenes.
NB. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.
Der Bevollmächtigte.

Leipzig. Diejenigen Partei- und Organisationsgruppen, welche geneigt sind, sich an einem Curjus für Rebebung zu betheiligen, werden ersucht, sich nächsten Sonntag, den 30. Mai, Vormittags 11 Uhr, im Locale des Arbeiterbildungsvereins — Ritterstraße 43, 2. Etg. — zu einer Besprechung einzufinden.
D. Eisengarten. C. Künzel.

Leipzig. Gewerkschaft der Metallarbeiter.
Montag, den 31. Mai Versammlung bei Heßlich, Hofstraße 38. Tagesordnung: 1) Sozialer Vortrag, 2) Fragekasten.

Leipzig. Sozialdemokratischer Arbeiterverein.
Freitag, den 28. Mai öffentliche Sitzung bei Heßlich, Windmühlenstr. 7. Tagesordnung: Berichterstattung über den Einigungs-fongreß.
[40] Der Vorstand.

Leipzig. Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonnabend, den 29. Mai Versammlung. — Windmühlenstr. No. 7. — L. D. Vortrag von C. Seifert. — Aufnahme neuer Mitglieder.
Der Bevollm. M. Schiffel. [40]

Genossenschaftsbuchdruckerei Nürnberg.
(Eingetragene Genossenschaft.)

Unter Bezugnahme auf § 18 unserer Statuten werden die verehrlichen Genossen zu der am Montag, d. 7. Juni d. J., Abends 7 Uhr, im „Café Merit“ stattfindenden

Ordentlichen Generalversammlung

mit dem Präsidium eingeladen, daß die Nichterschieneren sich den Beschlüssen der Majorität der Anwesenden zu fügen haben.
Gegenstände der Tagesordnung sind: a) Ridigungsrechnung der Jahresrechnung; b) Feststellung der Dividende; c) Beschluß über den Referatfond; d) Feststellung eines Statuts für die Verwaltung; e) Ergänzung und Aenderung des Statuts; f) Wahl der Verwaltungorgane; g) Bestimmung über Verwendung etwaiger Ueberschüsse; h) definitive Entscheidung über alle legal eingebrachten Verurteilungen. — Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung steht einem vollständigen Erscheinen der Genossen entgegen.
Nürnberg, den 23. Mai 1875.

Für den Ausschussrat: C. Grillenberger.
Wir ersuchen die Genossen den Ausschussrat über die in der Genossenschaftsbuchdruckerei, Obere Schmiedgasse 44b, in Empfang nehmen zu wollen.

Eine kleine Partie nachbezeichnete Schriften ist und zugegangen und offeriren wir selbige den Parteigenossen zur Abnahme:
Bogel, Verfassung der Lebensmittel. Preis pr. Cpl. 70 Pf.
Rohr, Naturas an die landwirthschaftliche Bevölkerung. Preis à 10 Pf.
Girsch, C., Staat und Genossenschaftswesen. Preis à 5 Pf.
— Zu den Reichstagswahlen. Preis 5 Pf.
Erfurter Gewerkschaftscongress-Protokoll. Preis à 10 Pf.
Die Buchhandlung des „Volkstaat“.

Bekanntmachung.

Nachdem der ehemalige Redakteur der in Leipzig erscheinenden Zeitschrift „Der Volkstaat“, Max Preißler, auf Grund der §§ 185, 186, 187, 194, 196, 74, 79 des Strafgesetzbuchs für das deutsche Reich

1. wegen Verleumdung des Minister Reichsmann in Freiburg durch je einen Artikel in Nr. 126 und Nr. 130 des „Volkstaates“ vom Jahre 1873;
2. wegen verlesender Verleumdung des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck durch Artikel in Nr. 82, 83, 85, 87, 90, 91, 92, 93, 96; verlesender Verleumdung des Königlich Preussischen Obergerichts Dresden durch eine Notiz in Nr. 107, Verleumdung des Königlich Preussischen Stadtrichts Breslau durch einen Artikel in Nr. 112 und Verleumdung des Königlich Bezirksgerichts Zwickau und des Einzrichters beim Königlich Bezirksgericht Leipzig durch einen Artikel in Nr. 106 des „Volkstaates“ vom Jahre 1874;
3. wegen Verleumdung des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck durch Artikel in Nr. 116, 123, 124 des „Volkstaates“ vom Jahre 1874

zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre als Gesammitstrafe, zur Erhaltung der durch die Untersuchungen erwachsenen Kosten verurtheilt, zugleich auch auf die nach § 200 des Strafgesetzbuchs zu leistende öffentliche und Privatgenugthuung erkannt worden ist, wird solches in Gemäßheit der ergangenen Entscheidungen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.
Leipzig, den 11. Mai 1875.

Königliches Gerichtsam II.
Gretl.

Verantwortlicher Redakteur: D. Kndt.
Redaktion Hofstraße 4, Expedition Zeigerstraße 44, in Leipzig
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.